

Grossratssession Februar 2018: Bericht der SP See-Deputation

In der Februarsession 2018 drehten sich die Debatten im Grossen Rat um Schokoladenriegel, Osteoporose, Fahrradwege, gemeinnützige Wohnungsbauten und vieles andere mehr. So wurde die SP Motion Lehner-Gigon/Repond bezüglich einer Beschränkung des Verkaufs von Schokoriegeln und Süssgetränken in den Sekundarschulen mit Stimmen aller Parteien gutgeheissen. Insbesondere Ärzte/Ärztinnen im Grossen Rat bezeichneten die von der Industrie begünstigte Fehlernährung und das Übergewicht unter den jungen Leuten als alarmierend. Angenommen wurden auch Vorstösse zur Früherkennung der Knochenerkrankung Osteoporose, zum Ausbau der Nationalstrasse „en Bataille“ Richtung Bulle mit einem verlängerten Fahrradstreifen sowie zu einem erleichterten Kindergarteneintritt für alle Kinder.

Wohnungspolitik im Kanton Freiburg. Bedauerlich ist, dass die Motion Mauron/Woeffrey-Burgener, die ein neues Gesetz für eine aktive Wohnpolitik des Kantons Freiburg verlangte, von den bürgerlichen Parteien bachab geschickt wurde. Dabei hätte es ein solches Gesetz erlaubt, Wohnhilfe, Wohnbau und Zugang zu Wohneigentum aktiv zu fördern und damit Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen zu entlasten. Dem Staatsrat wurde vorgeworfen, die Lage lediglich zu beobachten und seine Subventionen direkt den Mietwohnungsverwaltungen zukommen zu lassen.

Kantons- und Universitätsbibliothek. Einig war sich der Grossrat beim Kredit von CHF 60 Mio. für den Um- und Ausbau der Kantonsbibliothek. Das heutige Gebäude ist ein Prestigeobjekt aus dem Jahre 1910. Doch es platzt aus allen Nähten und ist äusserst renovationsbedürftig. Neben den eigentlichen Bibliotheksaufgaben werden auch Kulturgüter, wie z.B. alte Handschriften, konserviert. Freiburg muss sich zudem für das schweizweit geplante digitalisierte Bibliotheksverwaltungssystem SLSP (Swiss Library Service Platform) rüsten. Im Juni wird die Freiburger Bevölkerung das letzte Wort haben.

Staatsrat Siggen unter Druck. Mit gleich zwei einstimmig überwiesenen Resolutionen nahm der Grosse Rat Stellung zur übereilten Reaktion der Bildungsdirektion im Zusammenhang mit einem Bundesgerichtsentscheid von Ende Dezember 2017, der gestützt auf die Bundesverfassung festhielt, dass sowohl für Schulmaterialien wie auch für obligatorische kulturelle und sportliche Aktivitäten an der Volksschule nicht die Eltern sondern Kanton und Gemeinden aufzukommen haben. Für eine so schnelle Reaktion bestand kein dringender Handlungsbedarf. In den Resolutionen wird eine Unterstützung des Kantons verlangt und eine Analyse, wie diese Problematik in Zukunft zu regeln ist, ohne die Kinder um die wertvollen schlaflosen Nächte in Skilagern, Ausflüge in die kantonalen Museen und Kuchenverkäufe zu bringen.

Freie Tage zur Ausübung eines politischen Amtes Der Grosse Rat liess den FDP-Grossrat klar im Regen stehen, der die Regelung aufheben wollte, wonach Staatsangestellten bis zu 15 Tagen pro Jahr für die Ausübung eines politischen Amtes Entlastung gewährt werden kann. Die Privatwirtschaft sollte sich zugunsten der Diversität der Amtsträger, die unsere Politik formen, daran ein Vorbild nehmen.

Für die SP See: Chantal Müller, Bernadette Hänni, Julia Senti (Grossrätinnen)